



Auszug aus dem substantziellen Protokoll

138. Ratssitzung vom 9. April 2025

4511. 2024/356

Postulat von Flurin Capaul (FDP) und Liv Mahrer (SP) vom 10.07.2024: Versuch zur Etablierung einer zentralen Anlaufstelle für Baubewilligungen von Gastronomiebetrieben

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Flurin Capaul (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3486/2024): Wir fordern ein Pilotprojekt, das eine zentrale Anlaufstelle für Baubewilligungen, speziell für Gastronomiebereiche, etabliert, basierend auf den Strukturen und Erfahrungen des Roten Telefons. Dieses war eine Initiative aus dem Jahr 2016. Dort konnte man anrufen, wenn man einen Baurechtsentscheid hatte. Bei Unklarheiten konnten Fragen an die Verwaltung gestellt werden und es wurde Hilfe bei der Navigation von Baurechtsentscheiden geboten. Dieses Angebot möchten wir nun speziell für Gastronomiebetriebe auf die Zeit vor dem Baurechtsentscheid erweitern. Es liegen uns verschiedene Fälle vor, in denen Schwierigkeiten dabei aufkamen, sich innerhalb des Verwaltungsapparats zurechtzufinden. Der Gastronomiebereich eignet sich für ein Pilotprojekt, da dort die meisten Fälle vorliegen. Das Pilotprojekt soll zeigen, ob der Ansatz funktioniert. Wenn das der Fall sein sollte, kann man das Angebot auf andere Bereiche ausweiten. Die Anlaufstelle wäre dafür verantwortlich, innerhalb der Verwaltung so zu navigieren, dass die Gastronomin oder der Gastronom kohärente Antworten erhält und sich nicht mit den Details befassen muss.

Jean-Marc Jung (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 4. September 2024 gestellten Textänderungsantrag: Bauen ist kompliziert und teuer. Eine Vielzahl Stellen und Akteure ist im Spiel, bis etwas entstehen kann. Die Kreisarchitekten bieten kostenlose telefonische Sprechstunden nach Stadtkreis an. Erst nach dem Baurechtsentscheid kann man zum Roten Telefon greifen. Die jetzige Stelle im Hochbaudepartement (HBD) scheint ausgelastet zu sein und gibt teilweise auch Informationen heraus, bevor der Baurechtsentscheid vorliegt. Auch der Umwelt- und Gesundheitsschutz (UGZ) hilft den Gastronomiebetrieben teilweise, Baufragen zu klären und die richtige Ansprechperson zu finden. Doch es bleibt kompliziert. Die vielen Auflagen und Ansprechpartner kreieren gewisse Rechtsunsicherheiten. Das Postulat ist nötig, doch es ist stark auf die Gastronomieszene fokussiert und unverbindlich formuliert. Darum haben wir eine Textänderung eingereicht: Gewerbebetriebe sollen ebenfalls berücksichtigt und das Telefon soll auch vor dem Baurechtsentscheid beansprucht werden können.



2 / 2

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie ein Versuch zur Etablierung einer zentralen Anlaufstelle für Baubewilligungen von Gastronomie- und Gewerbebetrieben lanciert werden kann, aufbauend auf den Strukturen und Erfahrungen des «Roten Telefons». Die Anlaufstelle soll nicht nur nach dem Baurechtsentscheid, sondern auch davor angegangen werden können.

Die Anlaufstelle ist der einzige Ansprechpartner für alle Fragen zu Baubewilligungen (Single-Point-of-Contact) der Gastronomie. Sie koordiniert und begleitet alle Anfragen innerhalb der Verwaltung

Nach erfolgter Pilotierung könnte eine Ausweitung auf weitere Gewerbe denkbar sein. Die Erfahrungen dieser Stelle sollen für organisatorische und prozesstechnische Verbesserungen genutzt werden. Der Stadtrat wird ebenfalls gebeten im Anschluss an den Versuch, dem Gemeinderat ein Bericht zu Erkenntnissen und Erfahrungen vorzulegen.

Weitere Wortmeldungen:

Michael Schmid (AL): *Es gibt bereits zahlreiche Angebote der Stadtverwaltung für eine Beratung vor der Eingabe eines Baugesuchs. Dass nicht die Beratung, sondern der Baurechtsentscheid rechtskräftig ist, liegt in der Natur der Sache und wird sich mit dem Roten Telefon nicht ändern. Mit diesem Postulat für eine Branche Doppelspurigkeiten in der Verwaltung aufzubauen, ist unsinnig. Eine branchenspezifische Beratung sehen wir nicht als staatliche Aufgabe, sie könnte aber von Gewerbeverbänden übernommen werden.*

Sven Sobernheim (GLP): *Wenn das Postulat erreichen soll, dass Menschen beim Baubewilligungsverfahren durch die Verwaltung navigiert werden, frage ich mich, was eine Kreisarchitektur macht. Es gibt Themen, wo mehr Widersprüche aufeinanderprallen – wie Lärmschutz und Wohnen. Im Jahr 2018 forderten wir ein ähnliches Prinzip von der Verwaltung, darum stimmen wir für das Pilotprojekt, auch wenn wir uns nicht viel erhoffen.*

Flurin Capaul (FDP) *ist mit der Textänderung nicht einverstanden: Die Textänderung lehnen wir ab, da ein Pilotprojekt eng gefasst sein soll.*

Das Postulat wird mit 82 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat